

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gründet 1879

Samstag, den 10. März 1923

Veröffentlichung, Druck und Verlag von G. M. Müller (Ersch. 1879) Nagold.

Ersteinstellung in jedem Blatt. Beschlüsse nehmen sämtliche Behörden und Vorstände entgegen.

Bezugpreis im März 1923. Einzelnummer 40.

Bereitete Zeitung im Oberamtsbezirk. Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Telegraphische Adressen: Nagold, Nagold, Nagold.

Postfachkonto: Stuttgart 6112.

Nr. 58

Samstag, den 10. März 1923

97. Jahrgang

Tagespiegel

Auf Grund des Nollgeschehes werden die Bezüge der Sozialversicherer in den besetzten Gebieten verdoppelt. Der Bericht des französischen Finanzhochkommissars in den besetzten Gebieten empfiehlt neben der Kohlensteuer, der Verbrauchssteuer und den Zölleinnahmen noch die Beflagung des Alkoholmonopols und der Tabak- u. Weinsteuern. Vier Mitglieder der Arbeiterpartei im Unterhaus sind vom englischen Königsparlament zu einem Abendessen eingeladen worden. — Das ist wohl das erste Mal, daß Arbeitervertreter in der englischen Königsfamilie zu Gast waren. Die türkische Regierung in Angora hat laut Reuters veröffentlichte Gegenvorschläge für den Frieden durch Sonderboten an die Verbündeten abgelehnt. Nach dem „Manchester Guardian“ hat die chinesische Regierung mit Sowjetrußland dasselbe Handelsabkommen geschlossen, das bereits zwischen Rußland und England besteht.

Politische Wochenschau

In einem Stück gleicht unsere Zeit den Zuständen von 1914: die politische Luft Europas ist mit Zündstoff bis zum Äußersten geladen. Der Krieg der Waffen gegen die Kerne, der unruhigste Feldzug des stärksten Militärschicks der Welt gegen ein vorher sorgfältig mehrmals gemachtes Bollwerk ohne Gleichen in dem Erleben der Menschheit und ohne Weichen ist auch die Art und Weise, wie Frankreich und Belgien ihren Krieg ohne Kriegserklärung und Kriegszustand an Rhein und Ruhr führen. Man hat überall die Empfindung, daß so menschenwürdige Zustände nicht lange haltbar sind, daß sie irgendeine ein Ende finden müssen, sei es durch die Wiederherstellung des Rechts oder in Schrecken. Eine solche Schwelle ist die gegebene Boden für die ausschweifenden Gerüchte und Sagen. Als daher der Reichskanzler aus Anlaß des neuesten Vordringens der Franzosen nach Karlsruhe, Mannheim und Darmstadt den geplanten Besuch in Süddeutschland abgelehnt hat, um vor verärgerten Reichsgenossen eine „Regierungserklärung“ abzugeben, schwärzten allseitig die feilschenden Mägen durch die Luft. Er wird den Krieg erklären, meinten die einen; nein, er wird Verhandlungen anbieten, sagten die andern; er hat sich mit Bayern und Württemberg überworfen, wußten die ganz Gehezeiten. Noch manche andere Vermutungen konnte man hören. An alledem ist nichts richtig gewesen als die Empfindung, daß die Entscheidung auf des Messers Schneide steht.

Der Reichstag wurde vorzeitig — er sollte erst am 1. März wieder zusammentreten — auf den 6. März einberufen. Reichskanzler Cuno hat dem Gemunkel den Boden entzogen und ausdrücklich erklärt, daß er im vollen Einverständnis mit den süddeutschen Regierungen seine Reise aufgegeben habe, um in einer Form, die sich über die von den Gegnern undochten Proteste hinaus Beachtung erzwinge, vor aller Welt und mit voller Offenheit und Wahrheitsliebe gegen das Unrecht aufzutreten, das einem wehr- und waffenlosen Volk angetan wird. In einer würdigen, nach allen Seiten abgemessenen und weitblickenden Kundgebung hat der Reichskanzler die Bilanz der achtwöchigen, von 170 000 Soldaten usw. begleiteten „Ingenieurexpedition“ an die Ruhr gezogen. Da Herr Poincaré als Zweck des Feldzugs die Wertschätzung, Entschädigungsfähigkeit zu holen, konnte der Reichskanzler feststellen, daß ganze 74 000 Tonnen in 7 Wochen nach Frankreich und Belgien gekommen sind, während Deutschland vorher freiwillig täglich 16 500 Tonnen lieferte. Die Welt weiß, in dem Bann der unaufhörlichen Behauptungen Frankreichs, Deutschland habe an Kriegsentwädigungen bisher weniger als 6 Goldmilliarden geleistet, wovon schon 1 1/2 Milliarden, d. h. weniger als die Befugungskosten auf Frankreich gefallen seien (Erwiderung Poincarés auf die letzte Kundgebung des Reichskanzlers), nichts davon, wieviel Deutschland schon dem Noll des Friedensvertrags hat opfern müssen. Es war gut, daß der Reichskanzler ausdrücklich feststellte, daß mit allein an unmittelbaren Leistungen bereits 46 Goldmilliarden aufgebracht haben. Er fügte hinzu eine lange, sorgfältig belegte Liste der französischen Rechtsverletzungen und empfindlichsten Gewalttaten, die unter den Augen und ohne Widerspruch der Mitunterzeichner des Friedensvertrags sich endlos abspielten. Nicht um die paar Tonnen Kohlen ist es Frankreich zu tun, sondern um die politische und wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands. So füllte sich die „Passifliste“ des Ruhrstreiks in der schlichten, wahren Darstellung des Reichskanzlers mit einer gewaltigen moralischen Anklage. Und ohne daß er fremde Hilfe anrufen wollte oder Fremde beschuldigte, traf die aus der Schilderung der Vorgänge zu riesenhafter Höhe anwachsende Anklage auch die übrigen, die teilnahmslos behelien stehen. Deutschland hat den Kampf allein auszufechten im positiven Widerstand, der unsere einzige und beste Waffe ist. Zwar ist die Regierung zu einer Verständigung noch wie vor bereit, aber nur auf dem Fuß der Gleichberechtigung und wenn das Recht und die Vertragsrechte wieder an die Stelle der Gewalt getreten sind. Vorher kann es von deutscher Seite keine Verhandlungen-

anholte geben und es wird nichts unterschrieben, was unerschütterlich und mit der Ehre und der Innerlichkeit des deutschen Reichsgebietes unvereinbar ist. Darum fort mit dem Gerede von Verhandlungen. — Das war wohl die bedeutsamste Stelle der Regierungserklärung, die einen kräftigen Widerhall bei allen Parteien des Reichstags fand, so daß in der Besprechung der Rede ein sozialdemokratischer Abgeordneter feststellte, in der Beurteilung des Vorfalles auf das Ruhrgebiet sei der ganze Reichstag einmütig, wenn auch über die Mittel der Abwehr Meinungsverschiedenheiten bestanden. Die erschütternde, in ihrer Ruhe und Sachlichkeit erzielende Darstellung der politischen Lage Deutschlands durch Reichskanzler Cuno wird auch draußen nicht ungehört verhallen; sie ist eine Tat, die von größter Wirkung sein könnte und müßte, wenn in der Welt das Gefühl für Recht und Unrecht noch nicht erloschen ist. In Frankreich fühlte man das gar wohl, und die Blätter Poincarés wußten sich nicht anders hindüberzusetzen, als die Rede Cunos ins Deutsche zu geben. Der Reichskanzler habe ja nur zu Deutschen gesprochen — wußten sie, kein Mensch sonst in der Welt schenke seinen Worten Beachtung — und da brauche er es mit den Verbündeten Frankreichs nicht so genau zu nehmen; er habe mit der Bescheidenheit, die dem Besten ziemt, angegeben, daß es nicht Deutschlands Sache sei, mit Vorschlägen zur Verständigung vorzutreten, daß es vielmehr abzuwarten habe, was ihm — diktiert werde. Ein solcher Pariser Witz, hinter dem aber allerdings eine bestimmte Abneigung der Regierung Poincarés sich verbirgt. Zu gleicher Zeit erschienen nämlich vor einigen Tagen in den Londoner Blättern, „Daily Mail“, „Daily Telegraph“ und „Times“ sowie im „Echo de Paris“ Artikel über Ablichten und Pläne, über die sich die französische und die belgische Regierung geeinigt hätten: den Vertrag von Versailles und das Rheinlandabkommen aufzuheben. Statt dessen soll in den besetzten Gebieten — wohlgernezt einschließlich des Ruhrlands und der sogenannten Brückenköpfe Köln, Mainz, Koblenz und Bonn, eine von Deutschland unabhängige Verwaltung eingesetzt werden, die die endgültige Abtrennung dieser Lande vorbereiten hätte. Die im Rheinlandabkommen festgelegte spätere Volksabstimmung im Saargebiet soll wegschallen und für die Befugung aller dieser Gebiete keine andere zeitliche Grenze gelten, als die volle Bezahlung der 132 Goldmilliarden Kriegsschuldung, der Befugungskosten und was sonst mehr Frankreich noch finden und erfinden wird. Diese Pläne sollen von einer von Frankreich einzuladenden Konferenz, zu der nur Belgien und Italien — nicht England — gezogen würden, zum Beschluß erhoben werden. Der britischen Regierung wird in den Zeitungsartikeln nahegelegt, das letzte Ruhrunternehmen sofort wirksam zu unterstützen, es könnte sonst die Gelegenheit verpassen und zu kurz kommen, wenn erst einmal die andern drei Verbündeten ihre Beschlüsse gefaßt haben.

Man führt für diese Pläne ins Feld, daß die Verbündeten Geld brauchen und daß Deutschland nicht anders als durch Sanktionen zum Bezahlen zu bringen sei. Andererseits müsse Frankreich eine ausreichende Sicherung gegen Deutschland verlangen. Mit diesem heuchlerischen Wert ist das größte Unheil angerichtet worden. Wenn ein Staat in Europa „Sicherung“ brauche, so wäre es das von West und Ost, von Nord und Süd bedrohte, verstimme Deutsche Reich. Davon wissen sie alle nichts, die sonst die Weisheit mit Köpfen zu eben pflegen. Aber wenn Frankreich mit seinem Heer von 600 000 Mann fort und fort nach „Sicherung“ schreit, dann nicht man in London und Washington und hält es für eine Selbstverständlichkeit. Mit dem Zeugwort der „Sicherung“ ist 1897 der achte Bändnisvertrag zwischen Frankreich, England und Amerika in Washington abgeschlossen worden; mit der „Sicherung“ wurde der Vertrag von Versailles und das Rheinlandabkommen geschmiedet das die Entwaffnung Deutschlands, die Befugung und die Ueberwachung mit Ueberwachungskommissionen usw. gebracht hat. Um der „Sicherung“ willen schickte Frankreich sich an, 11 Millionen Deutsche aufs neue vom Reich weg zuweisen. In der französischen Kammer verhinderte dieser Tage Kriegsminister Maginot die Herabsetzung der Dienstpflicht von 18 auf 12 Monate mit der Behauptung die längere Dienstzeit verbürge die Sicherung Frankreichs gegen die deutsche Gefahr. — Be erniedrigt es Frankreich gegen Deutschland ein Heer von 170 000 Mann mit 80 000 Mann Reserve am Rhein bereit zu halten, das jeder Augenblick in Deutschland einfallen und die Politik machen kann, die den Bedürfnissen Frankreichs entspricht. — In London und Washington hört man aus Maginots Worten nur die „Sicherung“ — und nicht; das Einfallsheer und seine politischen Zwecke überhört man. Darum aber handelt es sich ausschließlich, Deutschland soll wirtschaftlich und politisch vernichtet werden. Man verfolge doch nur die französische Politik von dem unseligen Waffenstillstand von 1918 bis zum heutigen Tag. Es ist das beharrliche Hinarbeiten auf diesen einen Zweck, und als Brand sich in Cannes von Lloyd George überreden zu lassen schien, in vernünftigerer Bahnen einzulenken, da wurde er sofort von Poincaré gestört. Deutschland mag verhandeln und erfüllen, so viel es will.

das hat neben dem französischen Vernichtungswillen gar keine Bedeutung. Wenn man sich nur darüber in Deutschland einmal allgemein klar sein würde, so klar wie sich bei Reichskanzler darüber ist! Die Franzosen und Belgier werden uns immer härter zusehen, sie werden immer mehr vorrücken und eine Stadt um die andere besetzen, in Baden und Hessen, im Rhein- und Ruhrland. Sie haben neuesten Herne zum Mittelpunkt ihrer „Aktion“ gemacht, von da aus sie nach Süden, Osten und Norden ihre Fäden ziehen. Dortmund ist besetzt, ja es scheint, daß sie auch nach Münster und Hannover abziehen. Die Grenze der sogenannten neutralen 50-Kilometerzone ist bei Offenburg, Limburg, Königswinter, Uckerath erreicht, im Ruhrgebiet schon weit überschritten. Und die Besetzungen gehen weiter. Wie weit Endlos? Nicht auszudenken. Einmal muß die Linie aber der Zeitpunkt kommen, wo für den einen oder den anderen die Lage unmöglich wird. Diese Entscheidung bedeutsamst herbeizuführen, sei es durch Unterbindung der wirtschaftlichen Lebensadern Deutschlands, sei es durch Heranzuführung eines solchen Zwischenfalls, der ihr für den unabherrschbaren Gebrauch ihrer Kriegsmacht der Vorwand bietet, das ist das offensichtliche Bestreben der französischen Politik. Dann ist die „Rechts“grundlage für die Aufhebung des Vertrags von Versailles gegeben und mit dem neuen Diktatfrieden kann es losgehen.

Was uns dann bevorsteht, braucht man nicht auszumalen. Darum darf Deutschland nicht nachgeben, nicht kapitulieren, wie der Reichskanzler sagte, denn die Kapitulation würde eben jenen Diktatfrieden zur sicheren Folge haben, wie der Vertrag von Versailles die Folge des 14. Punkts Wilsons war. Wir müssen im entschlossenen, einigen, positiven Widerstand ausbarren und darauf bauen, daß die Franzosen zuerst „nein“ haben. Sie werden es uns noch lauter mahnen und alle Gewaltmittel und Verdrängungskünste anwenden. — aushorren! Moralisch erzielt Deutschland doch einen Erfolg um den andern. Selbst den auf Veranlassung eines Franzosen in der deutschen Volkshandlung in Rom verübten Mordanschlag kann Deutschland als einen moralischen Erfolg bezeichnen. So etwas wird in der Welt befaßt und ein Helfer ist wie der Stehler anzuhaben.

Aber wir stehen allein, laßt der Reichskanzler. Und wir werden allein bleiben. Der Widerhall der Rede Cunos im amtlichen England war kölsch. Man habe bestimmte Vorschläge erwartet. — wahrscheinlich solche, die der belgischen Regierung aus ihrer hilflosen Lage herausgeholfen hätten. Bonar Law hat es noch einmal im Unterhaus ausgesprochen, daß er den Dingen ihren Lauf lassen werde. In England ist man ganz im Bann des Schreckens der französischen Luftmacht, und mit Bemutigung hat der französische Präsident Millerand in den Blättern feststellen lassen, daß Frankreich über 128, in einigen Monaten über 220 Fluggeschwader zu je 10 Flugzeugen verfüge, denen England kaum 32 Geschwader entgegenstellen hätte. Wenn so allerdings die englische Regierung nichts mehr zu unternehmen wagt, was in Frankreich als „Unfreundlichkeit“ aufgefaßt werden könnte, so will sich der alte britische Nationalstolz nicht in die Fesseln der Furcht finden und die Tatenlosigkeit der Regierung Bonar Laws in dem Ruhrstreik begegnet zunehmender Abneigung im Lande. In dieser Woche sind nicht weniger als drei Angehörige des Kabinetts bei Nachwahlen durchgefallen in Wahlbezirken, die als unbedingt sicher galten. Schließlich wird Bonar Law doch noch auf die „öffentliche Meinung“ hören, oder er wird selbst durchgefallen.

Auch in Amerika bleibt alles beim alten. Präsident Harding sieht wohl an Frankreich eine nicht mißzuverstehende Warnung ergeben, Amerika werde nicht ruhig zusehen, wenn etwas gegen England unternommen würde. — aber mit der deutschen Sache will er nichts zu tun haben. Dafür hat ihm der Senat, und zwar seine eigene republikanische Partei, den Wunsch, in den internationalen Gerichtshof des Völkerbunds einzutreten, rundweg abgelehnt. Im übrigen hat die Rede des Reichskanzlers beim amerikanischen Volk einen guten Eindruck gemacht.

Wir sind allein, ja, aber wir haben Freunde. Die Franzosen sind vereinsamt, und wer zu ihnen steht, tut es aus Furcht. Halten wir ihnen Stand, so wird die Zahl unserer Freunde in dem Maß wachsen, als die Gefolgschaft Frankreichs abnehmen wird. Das ist eine timere Notwendigkeit, denn noch gibt es eine fittliche Weltordnung und Recht muß Recht bleiben.

Polnische Wirtschaft in Oberschlesien

Aus Katowitz wird der D. Tagesztg. geschrieben: So nahezu jede Verwaltung Polnisch-Oberschlesiens hat in noch nicht einem Jahr ihr „Panama“ gehabt. Die ungeheuren Unterschlagungen und Betrügereien in der Katowitzer Güterabfertigung, die ungläublichen Vorgänge in der Kreisverwaltung und manchen anderen Dinge konnten eine gerichtliche Sühne bisher nicht finden, und es hat den Anschein, als ob es auch niemals zu einer öffentlichen Gerichtsverhandlung kommen wird. Polnisch-Oberschlesien erhält seine Nahrung aus zwei Quellen.

und wird Frauen
muß am Ende
die so oft vor
nn du müßt —
; Don Camillo
diesen Satz zu
nimen war, wo
sch hatte, unter
rtlicheung ihres
Portico entlang
en. Als sie den
, gewannen die
ose. Der An-
nun mehr, als
hin. In einer
ie sich über den
er Rechte weiter
n Feincaas und
schredter Frauen
nichts, was die
nste Masse von
in entgegen-
ntmondchein
erter Seite. Die
hloffenen Reihen
hien den atem-
e verperert. Da
wei verschiedene
ta nicht so leicht,
innen, daß aber
ublik ihre Frucht
glerigen Gassen
Der frigen Lage
ge Tor, welches
n, dessen Gesicht
n und Schreden
(Fortf. folgt.)
ein Nagold
H. Nagold.
zur Kennt-
aden in der
st.
heuer
g von Schah-
ute 11
-Extra,
ie Welt im
robert hat.
Nagold. 631
enlichtspiele.
sing abend 8.15
tag 2, 4.30, 8.15
h Armstrong
ell in 6 Akten.
zell wird kurz
ie Lustspiel
in 4 Akten.
ei neue, starke
agwaagen
1 bereits noch neues
Fahrrad
dem Verkauf auf.
faut die Beschäft-
d. Bl. 630
n.
Zeit ver-
worden.
ld.



die eine sind die Vorkasse, die Müdig von der Warschauer Staatskasse nach Oberschlesien fließen müssen, um die notwendigen Zahlungen zu machen, die andere die 40prozentige Kohlensteuer, während sonstige Steuern bisher kaum in nennenswertem Maß entrichtet worden sind.

Die polnische Kreisregierung (Wojewodschaft) erklärte sich außerstande, die Kohlensteuer, die monatlich mehrere Milliarden polnische Mark einbringt, selbst zu verwalten und sie übertrag die Einziehung einfach einer Bank, die natürlich aus Frankreich nach Rattowitz verpflanzt worden ist. Die „Banque de Silésie“, die in einem ehemaligen Warenhaus untergebracht ist, hat auf diese Weise kostenlos ein riesiges Betriebskapital zur Verfügung, denn sie erhält die Kohlensteuer fortgesetzt nach Fälligkeit, braucht sie aber an die Kreisregierung jeweils erst auf den Monatsersten abzuliefern. Nieder gerechnet beträgt der monatliche Kohlenverkauf Polnisch-Oberschlesiens 1,6 Millionen Tonnen, was bei einem Mittelpreis von 100 000 poln. Mark für die Tonne etwa 64 Milliarden und nach Abzug der Kosten mindestens 60 Milliarden Mark ergibt, die der Bank wochenlang überlassen bleiben, während die Kreisregierung kein Geld zum nötigen hat.

Nach schlimmer sieht es um die Lebensmittelversorgung. Um der Bevölkerung den Übergang an Polen etwas schmackhafter zu machen, wurden mit dem Tag der Posttrennung von Deutschland Zucker und Mehl durch öffentliche Zuschüsse „verbilligt“. Dabei wurden Milliarden vertrieben und eine Verwirrung der Finanzen geschaffen, daß die Regierung gar keinen Haushaltsplan mehr aufstellen konnte. Niemand weiß aber so recht, wo die Zucker- und Mehlmilliarden geblieben sind, denn das „verbilligte“ Mehl ist um 200 Mark das Pfund teurer als das freie marktlose Mehl und die Bäcker haben die Herstellung von Markenbrot fast ganz eingestellt.

Auch die andern Lebensmittel wurden auf diese Weise „verbilligt“ und zu dem Zweck einer Einkaufsstelle ungeheure „Vorkasse“ gegeben, die die Waren an Konsumvereine usw. abgeben sollte. Auch diese Milliarden sind spurlos verschwunden. Anstatt Lebensmittel einzukaufen, betrieb die Einkaufszentrale einen Schieberhandel mit Automobilen, oder die Lebensmittel wurden an Schieber abgegeben, die sie zu Wucherpreisen an Einzelgeschäfte weiterverkauften. Große Ladungen sind einfach verschwunden. Obgleich der Einkaufsstelle die Anschaffung von Schnaps verboten war, hat sie einen schwunghaften Branntweinhandel betrieben. Die Regierung in Warschau drohte mit Einstellung der Zuschüsse und es wurde eine „Untersuchung“ gegen die Einkaufsstelle eingeleitet, der Vorstand wurde sogar verhaftet, aber gegen eine hohe Sicherheitsleistung wieder auf freien Fuß gesetzt. Das „Geschäft“ geht weiter.

Aus dem Ruhrgebiet

Eisenbahntaub

Essen, 9. März. Auf dem Bahnhof in Essen fielen den Franzosen rund 600 Eisenbahnwagen in die Hände. Auf dem Bahnhof Reumühl wurden 53 mit Kohlen und Koks beladene Staatsbahnwagen, 24 mit Koks beladene Privatwagen, ein Staatswagen mit Grubenholz und 5 leere Säurewagen weggeführt. Auf dem Bahnhof Eppingboon nahmen die Franzosen 20 mit Getreide, Kohlen und Stückgütern beladene Wagen fort.

Auf der Strecke Holzheim-Neuß stürzten zwei von Franzosen geführte Lokomotiven über die Bahndämmung hinunter.

Es scheint, daß die Befehle des Bahnhofes in Hamm geplant ist. In der Pfalz sollen auch die Nebenbahnen beschlagnahmt werden. Die Unsicherheit im Bahnbetrieb nimmt bedenklich zu. Täglich ereignen sich Unfälle. Das Deutsche Reich übernimmt für solche Fälle keinen Schadenersatz.

Der angehaltene Kinderzug

Bodum, 9. März. Ein von hier abgelassener Personenzug, der auch 500 Kinder nach Bremen zur Erholung führte, wurde in Langendree von den Franzosen angehalten. Alle Reisenden, auch die Kinder, mußten den Zug verlassen und bei strömendem Regen den 1½ Stunden weiten Weg nach Bodum zu Fuß zurücknehmen.

Amerikanische Neger ins Ruhrgebiet

Newport, 9. März. Der Arbeitsvermittler Dougherty teilte mit, daß am 15. März 500 Neger aus Westvirginien nach Europa verschifft werden, um in die Kohlengruben des Ruhrgebiets verbracht zu werden. Der Tageslohn betrage 7 Dollar. Im ganzen sollen 3000—5000 Bergarbeiter nach Europa angeworben werden.

Staatssekretär Hughes erklärt, ihm sei von einem Plan, amerikanische Neger in die Kohlengruben des Ruhrgebiets zu schaffen, nichts bekannt.

Nach einer neueren Meldung hat Dougherty den mit dem französischen Arbeitskommissar Donneau vereinbarten Plan aufgeben müssen, weil in verschiedenen Grubenbezirken nicht einmal 100 Neger zu gewinnen waren, ins Ruhrgebiet zu gehen.

Verdoppelte Kriegsgerichtsstrafen

Düsseldorf, 9. März. In den Berufungsverhandlungen des belgischen Kriegsgerichts in Aachen gegen den Oberbürgermeister Dr. Jarres und sieben Staatsbeamte wurden die Strafen der ersten Instanz je verdoppelt.

Köln, 9. März. In Kreisid ist ein neues belgisches Kriegsgericht errichtet, das am ersten Tag über 20 deutsche Beamte, Redakteure und Gewerkschaftsangehörige zu überaus hohen Strafen verurteilte. Ein belgischer „Richter“ sagte zu Beginn der Verhandlungen: „Die Zeit der Rinde ist vorbei!“

Eine gefällige Frau

Köln, 9. März. Die Gattin des Landrats Schwebel in Weisenheim, der von dem französischen Kriegsgericht in Mainz wegen Nichtbefolgung der neuen Bestimmungen der Rheinlandschaftskommission und Beizügung an einem Beamtenprotest zu 5 Jahren Gefängnis und 15 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden ist, wurde, als sie den Verhandlungsraum betrat, der Ausweisungsbefehl wegen „Befähigung der Sicherheit der Befehlstruppen“ überreicht. Sie durfte der Verhandlung nicht beiwohnen und auch von

ihren Gatten keinen Abschied mehr nehmen. Auch ihre Bitte, sie erst nach Weisenheim zurückzubringen, damit sie wenigstens ihre Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren abholen könne, fand kein Gehör. Sie wurde vielmehr sofort im Auto über die Grenze des besetzten Gebiets gebracht.

Offenburg, 9. März. Bei der Ausweisung des Bürgermeisters Dr. Bühler wollte der Großvater das einzige Kind bei sich in Offenburg behalten. Die Franzosen duldeten das Kind nicht in der Stadt, es mußte ebenfalls fortgeschafft werden.

Für die besetzten Gebiete

Berlin, 9. März. Das Deutsche Rotopfer hat 10 Milliarden Mark bereits überschritten. Zunächst werden drei Milliarden in den besetzten Gebieten verteilt.

Die dänischen Sozialdemokraten erbaten sich, 2000 Kinder drei Monate lang aufzunehmen. Der „Vorwärts“ berichtet, die deutsche sozialdemokratische Partei in Tschechien habe fünf Millionen Kronen gestiftet, die sozialistischen Abgeordneten und Senatoren den gleichen Betrag.

Alles in „wohlwollender Neutralität“

London, 9. März. Reuter verbreitet, es sei nicht richtig, daß die britische Regierung, wie in einigen Blättern behauptet wurde, einen förmlichen Protest gegen die neue Befehle des rechtsufrigen Rheingebiets bei Frankreich eingelegt habe. Die Regierung habe nur Vorstellungen erhoben und auf die ersten Unzulänglichkeiten hingewiesen, die der britischen Besatzung erwachsen seien, indem das britische Besatzungsgebiet durch das französische Vordringen vollständig abgeschlossen wurde. — Die „Vorstellungen“ werden die Franzosen ziemlich kalt lassen.

Was ein französischer Truppenübungsplatz kostet

In der zweiten Denkschrift des Reichsfinanzministeriums vom 1. Mai 1922 waren die Kosten für die Anlage des neuen französischen Divisionsübungsplatzes Ludwigswinkel in der Rheinpfalz mit zweihundert Millionen Mark angegeben. Dieser Betrag hat sich als viel zu niedrig erwiesen. Die Baukosten sollen vielmehr die Höhe von mindestens anderthalb Milliarden Mark erreichen. In dieser Summe sind die Entschädigungsansprüche der bayerischen Forstverwaltung und der in Renteidenschaft gezogenen übrigen Grundbesitzer, die auch noch ungeheure Summen verschlingen werden, nicht mitenthalten.

Neue Nachrichten

Die Teuerungszuschläge der Beamten

Berlin, 9. März. Bei neuen Gehaltsverhandlungen im Reichsfinanzministerium erklärte sich die Regierung bereit, den Ortsanderzuschlag der Beamten und Angestellten im besetzten Gebiet zu verdoppeln. Die Gewerkschaften verlangten indessen, daß diese Sonderzuschläge in derselben Höhe bezahlt werden sollen, wie sie den Arbeitern in den besetzten Gebieten zugebilligt worden sind und diese Sätze auch für die Beamten im übrigen Reichsgebiet Geltung haben sollen. Eine Einigung war nicht zu erzielen. Die Regierungsvorlage wird dem Reichsrat überwiesen.

Schiedspruch in der Metallindustrie

Berlin, 9. März. Das vom Reichsarbeitsministerium bestellte Schiedsgericht entschied, daß den Arbeitern der Metallindustrie für März eine Erhöhung der Februarlöhne um 15 Prozent gegeben werden soll.

Der „Hüdeulche“ Staatsgerichtshof

Leipzig, 9. März. Der sächsische Senat des Staatsgerichtshofs ist gestern unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Schmidt zum erstenmal in Tätigkeit getreten. Er verurteilte die Heidelberger Studenten Baderer und Brühl, die in Donaueschingen eine schwarzrotgelbe Fahne abgerissen und verbrannt hatten, zu je 100 000 Mark Geldstrafe, ferner die Kaufleute Ehrenpfort, Beder und Stadler in Pfaffen (Altgäu) wegen Beihilfe zur Verbreitung eines Schmähgedichtes auf den Reichspräsidenten Ebert zu je 5 Wochen Gefängnis.

Frankreichs Kommando über die Donau

München, 9. März. Bekanntlich ist durch den Vertrag von Versailles und durch ein Sonderabkommen aller Uferstaaten die Donau internationalisiert, und alle Uferstaaten haben ihre Rechte an der Donau zugestanden erhalten. Es kann also nur als ein neuer Gewaltakt Frankreichs bezeichnet werden, wenn jetzt Frankreich verbietet, daß einige hundert Waggons Getreide, die im Regensburger Hafen lagern, nicht nach Desterreich verschifft werden dürfen. Damit macht sich Frankreich Sonderrechte an die Donau an, die ihm nicht zustehen.

Die französischen Steuererlagen abgelehnt

Paris, 9. März. Die Kammer hat alle Regierungsvorlagen zur Deckung des noch vorhandenen Fehlbetrags im Staatshaushalt (1430 Millionen von 4000 Millionen Franken) abgelehnt und beschloffen, den Fehlbetrag durch Schatzscheine bzw. neue Banknoten zu decken.

Der „Diktatfrieden“ bedarf der Zustimmung aller Vertragsmächte

London, 9. März. Auf eine Anfrage erklärte Lord Low im Unterhaus, es bestche kein Abkommen zwischen England und Frankreich, das dem letzteren verwehrt, als Ergänzung des Vertrags von Versailles einen neuen Sonderfriedensvertrag mit Deutschland abzuschließen, aber zu einem Ergänzungsvertrag, durch den der Vertrag von Versailles abgeändert würde, müßte die Zustimmung aller Mächte eingeholt werden, die diesen Vertrag unterzeichnet haben.

Die englische Abrüstung

London, 9. März. Der englische Heereshaushalt 1922/24 fordert 8 Millionen Pfd. Sterl. weniger an als im Vorjahr unter der Voraussetzung, daß der Washingtoner Abrüstungsvertrag auch von Frankreich und Italien bestätigt werde. Das Marinepersonal werde voraussichtlich bis Ende April um 20 000 Mann vermindert sein. Schiffneubauten sind nicht vorgesehen. Für das Heeresflugwesen werden 1 115 000 Pfund Sterl. mehr angefordert als im Vorjahr.

Die Abfindung des Hauses Wittelsbach

München, 9. März. Der bayerische Landtag genehmigte mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien in namentlicher Abstimmung mit 92 gegen 26 Stimmen die Vorlage der Staatsregierung betreffend die Abfindung des früheren Königsbaues. Präsident Königsbauer gebachte unter dem Beifall der bürgerlichen Parteien nach der Abstimmung des Wirkens der Wittelsbacher für Volk und Land.

Württemberg

Stuttgart, 9. März. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Landtags nahm einstimmig einen Antrag an, der die Regierung auffordert, ungefümt alle Maßnahmen zu ergreifen, damit die Wälder am Stuttgarter Schindeldhof beseitigt und die Versorgung der heimischen Bevölkerung sichergestellt wird. (Es handelt sich um Versorgungsmaßnahmen gegen die Viehvermehrung ins besetzte Gebiet und ins feindliche Ausland.)

Stuttgart, 9. März. Vertikale Gebühren. Die Gebühren und Pauschalschuldungen der Ärzte, Zahnärzte und Hebammen werden bis auf weiteres ab 1. März für die vollbesetzten beamteten Ärzte verhältnismäßig für die übrigen Ärzte sowie für die Zahnärzte und Hebammen verhältnismäßig gemacht.

Stuttgart, 8. März. Neue Fleischpreise. Beim Fleisch ist ein leichter Preisabbau eingetreten: Ochsen- und Rindfleisch 1. Sorte 3700 .M (bisher 3800), Rindfleisch 2. S 3000—3100 (3100—3200), Kuhfleisch 1. Sorte 2600—2700 (unverändert), 2. Sorte 1900—2100 (unverändert), Kalbfleisch 3300—3400 (3500—3600), Schweinefleisch 3400 bis 3500 (3900), Hammelfleisch 3400—3500 (unverändert), Schaffleisch 2700—2900 .M (unverändert), je für das Pfund.

Der Biergroßpreis ist in den letzten Tagen in Süddeutschland durchschnittlich auf 60 000 M. des Hektoliter, also 600 Mark für das Liter festgesetzt worden, das ist das 300fache des Vorkriegspreises, während nach dem Großhandelsindex die durchschnittliche Warenvermehrung das 4650fache beträgt.

Stuttgart, 9. März. Württ. Heimstätten-Tage. Im Kunstmuseum begann am Freitag die Württ. Heimstätten-Tage, die sehr gut besucht ist. Neben Vertretern der Heimstättenbewegung aus dem Reich hatten die Staats- und Gemeindebehörden und die Oberkirchenbehörden des Landes Vertreter entsandt. Auch Staatspräsident Dr. Hieber und Minister Keil waren anwesend. Eröffnet wurde die Tagung von Stadtpfarrer Schenkel-Jussenhausen. Der Bundesvorsitzende, Dr. Adolf Damalade, hielt dann einen Vortrag über Heimstättenwesen, Geschichte und Grundrissliches. Nach Beendigung seines Vortrags wurde abgedruckt. Die Tagung geht weiter.

Gmünd, 9. März. Vom entchwundenen Brauereigewerbe. Nun ist auch die letzte der hiesigen Brauereien, die Schlüsselbrauerei, eingegangen. Die Besitzer haben ihre Kontingente an die Brauerei Dinkelader in Stuttgart abgetreten und stellen das Brauen ein. Das hiesige Depot der Brauerei Dinkelader bleibt vorläufig in den Räumen der früheren Adlerbrauerei.

Ehlingen, 9. März. Selbsthilfe beim Restaurationsbau. Die auf den Restaurationsarbeiten gestützten Hoffnungen sind geschwunden, nachdem die völlige Einstellung der Restaurationsarbeiten trotz aller Bemühungen unabwendbar geworden ist. Für Ehlingen gilt es, nun wenigstens den Ausbau des begonnenen Kraftwerks Ober Ehlingen zu retten. In der letzten Sitzung des Gemeinderats machte Oberbürgermeister Element folgenden Vorschlag der Selbsthilfe: Bei einer Einwohnerzahl von 40 000 Personen sollen 6000 Arbeitswillinge aufgeboden werden zu 30 Arbeitsschichten (bei täglich 200 Arbeitern) oder zu 20 Arbeitsschichten (bei täglich 300 Arbeitern). Jeder Arbeitswillinge hat 20 Arbeitstage zu leisten. Statt der üblichen Lohnzahlung erhalten die Arbeitenden eine wertbeständige Vergütung mit Verzinsung in elektrischem Strom. Der Gemeinderat war in seiner Mehrheit den Plänen nicht abgeneigt und die Bauabteilung wurde mit deren Prüfung beauftragt.

Reutlingen, 8. März. Einbruch im Technikum. Nachts drangen Diebe mittels Nachschlüssels in den Prüfungsraum des Technikums ein und entwendeten zwei Mikroskope und eine Rechenmaschine. Von den Dieben fehlt bisher jede Spur.

Oberndorf, 8. März. Milchpantofflerin. Die 25-jährige Landwirtschekfrau Maria Hermann von Sulgen ist vom Schöffengericht wegen Milchfälschung zu 100 000 M. Geldstrafe, 14 Tagen Gefängnis, Tragung der Kosten und Veröffentlichung des Urteils in der Bezirkspresse verurteilt worden.

Vom Heuberg, 8. März. Vom Erholungsheim. Das Erholungsheim Heuberg zur Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder wird Ende April wieder geöffnet werden. Ravensburg, 9. März. Verschwendung. Dem Gutsbesitzer Ernst Herler auf Hofgut Oberbuch wurde ein Paar Ochsen im Wert von 10 Millionen Mark aus dem Stall gestohlen. Der Tat dringend verdächtig wurde der Schwiegervater des Bestohlenen, der Bauer Jakob Horer, festgenommen und dem Amtsgericht übergeben.

Vom Bodensee, 8. März. Flugpostverkehr. Mit verkauft, soll am 1. Mai der Flugpostverkehr Nürnberg-Konstanz wieder aufgenommen werden.

Vom Bodensee, 8. März. Zunehmender Güterverkehr. Die vorhandenen Trajektschiffe reichen zur Bewältigung des Verkehrs Friedrichshafen—Romanshorn und Lindau—Romanshorn nicht mehr aus. Zwei im Besitz des Bodensee-Rheinischfahrts-Gesellschaft befindliche Trajektschiffe sind von den staatlichen Schiffsverkehrsverwaltungen gemietet worden, um dem Mangel abzuhelfen.

Aus Stadt und Bezirk.

Regold, 10. März 1923.

Sonntagsgedanken.

Spruch

Nicht auf Lichter und Lampen kommt es an, und es liegt nicht an Sonne und Mond, sondern was wir tun, ist, daß wir Augen haben, die Gottes Herrlichkeit sehen können. Selma Lagerlöf.



Landtag genehmigen Partien in...

Ergebnis

Wirtschaftliche Stimmung...

Gebühren. Die...

Preise. Beim...

Lagen in Süddeutsch...

Freitag. Die...

Wundern...

Recht...

Erholungsheim...

Technik...

Wirtschaft...

Wirtschaft...

Wirtschaft...

Wirtschaft...

Wirtschaft...

Wirtschaft...

Wirtschaft...

Wirtschaft...

Wirtschaft...

Es gibt Jahre unseres Lebens, die wie hohe Alpen sich...

Die Fastenzeit steht vor der Tür. Der Christ soll alles...

Erweiterung der freien Ausfuhr. Im Reichstag ist ein...

Bleichenumlage 1923. Nach einer Verfügung des...

ep. Das Kirchenopfer am Sonntag, 11. März ist in allen...

ep. Kaspelle für die Innere Mission. Die während des...

ep. Das Erholungsheim für die evang. weibliche Jugend...

ep. Opfertage für die Bahnhofsmission. Die 2. Samm...

ep. Das Erholungsheim für die evang. weibliche Jugend...

ep. Opfertage für die Bahnhofsmission. Die 2. Samm...

ep. Das Erholungsheim für die evang. weibliche Jugend...

ep. Opfertage für die Bahnhofsmission. Die 2. Samm...

ep. Das Erholungsheim für die evang. weibliche Jugend...

ep. Opfertage für die Bahnhofsmission. Die 2. Samm...

ep. Das Erholungsheim für die evang. weibliche Jugend...

ep. Opfertage für die Bahnhofsmission. Die 2. Samm...

ep. Das Erholungsheim für die evang. weibliche Jugend...

wurde zu ihren Akkordzinsen mit Wirkung vom 2. bzw. 20...

Die Feuertaxenzinsen und die Einzahlungen für Be...

Am 21. März nachmittags 4 Uhr tritt die Sonne aus dem...

Am 3. März findet Vollmond statt, am 9. ist das letzte...

Die glänzenden Sternbilder des winterlichen Himmels...

Das Wiedererwachen des kirchlichen Bewusstseins. In...

Ein neues Instrument. In der Walcker'schen Orgelbau...

Hugo Jüngst, der Meister des deutschen Liedes, ist...

In Stettin starb der Senior der deutschen Komponisten...

Zeichen der Zeit. Im Landgerichtsbezirk Waldschul...

Turnen, Spiel und Sport. Der Sportverein beginnt sein...

Handelsnachrichten. Dollarkurs am 9. März: 20 575.— (19 448,50).

Die Württ. Notenbank schließt das Geschäftsjahr 1922...

Die Baumwollspinnerei Unterhausen bei Reutlingen hat...

Die Rhein-Main-Donau A.-G. wird eine wertbeständige...

Wieder Preiserhöhung am Berliner Getreidemarkt. In...

Gegen die Erhöhung der Zuckerpreise. Die Zuckergrö...

Stuttgarter Börse, 9. März. Die Haltung der Börse war...

Wirtschaftsberichte. Die Erträge der Landwirtschaft...

